

Sitzung vom 8. Januar 2002

**21. Interpellation (Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Zürich auf Grund der Folgen der Swissair-Krise)**

Kantonsrätin Liliane Waldner, Zürich, und Mitunterzeichnende haben am 19. November 2001 folgende Interpellation eingereicht:

Auf Grund der zu erwartenden Auswirkungen der Swissair-Krise bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen betreffend die Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Zürich:

1. Welche Auswirkungen hat die Swissair-Krise auf Beschäftigung und Entwicklung des Bruttoinlandproduktes während der kommenden drei bis fünf Jahre?
2. Welche Auswirkungen hat die Swissair-Krise auf den «Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2002–2005»? Welche Korrekturen sind vorzunehmen?
3. Welche Standortpolitik wird der Regierungsrat in Zukunft einschlagen, damit Zürich weniger stark einseitig vom Hub Zürich sowie vom Finanzsektor abhängig ist? Welche Massnahmen sind erforderlich, damit Zürichs Branchenportfolio mit internationalen Spitzenpositionen in anderen Bereichen wie Chemie/Pharma/Biotechnologie sowie Informatik/Kommunikationstechnologie besser ausgewogen gestaltet werden kann? Sieht der Regierungsrat andere zukunftssträchtige Wirtschaftszweige, mit denen im internationalen Vergleich Zürich Spitzenpositionen belegen könnte? Am Benchmarking Forum Zürich 2001 am 30. Oktober 2001 im Technopark Zürich wurde dargelegt, dass Zürich im internationalen Vergleich vor allem im Finanzsektor eine Spitzenposition einnimmt. Ein besserer Branchenmix würde Zürich weniger von Schwankungen in der Finanzbranche abhängig machen.
4. Welche Massnahmen sind zu ergreifen, damit der Wirtschaftsstandort Zürich für wachstumssträchtige Branchen mit hoher Wertschöpfung attraktiv wird, welche weniger auf den Hub Zürich angewiesen sind? Das Benchmarking Forum Zürich 2001 hat gezeigt, dass für junge, wachstumskräftige Unternehmen der Hub einen weniger hohen Stellenwert einnimmt als für etablierte Firmen und damit auch für die vorherrschende Finanzbranche.
5. Welche Voraussetzungen sind zu schaffen, damit nicht nur die Stadt Zürich ein international überdurchschnittliches BIP pro Kopf sowie überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweist, sondern auch deren Region und weiteres Umland? Am Benchmarking Forum Zürich 2001 wurde dargelegt, dass die Regionen um die Städte Basel und München wirtschaftlich weit dynamischer sind als die Region um die Stadt Zürich. Dies wirkt sich in insgesamt besseren Gesamtergebnissen der beiden Wirtschaftsstandorte im Vergleich zu Zürich aus.
6. Was kann der Kanton Zürich unter den erschwerten finanziellen und wirtschaftlichen Umständen beitragen, damit anstehende Grossprojekte in Zürich finanziert und baldmöglichst umgesetzt werden können? Stichworte sind «neues Kongresszentrum» sowie «international wettbewerbsfähige Sportstadien». Hätte es der Kanton Zürich selber in der Hand, innert nützlicher Frist selber die Voraussetzungen für einen grossen Meilenstein zu schaffen, zum Beispiel mittels eines internationalen Kongress- und Kulturzentrums an Stelle der alten Kaserne? Am Benchmarking Forum Zürich 2001 wurde festgehalten, dass Zürich zur internationalen Profilierung dringend einer «landmark» bedarf, die weltweit bekannt wird.

**Begründung**

Die Krise um die Swissair wird während Jahren ihre Spuren in der Zürcher Volkswirtschaft hinterlassen und die Position des Wirtschaftsstandortes Zürich im internationalen Standortwettbewerb beeinflussen. Tausende von Stellen werden vernichtet. Der Hub Zürich ist akut gefährdet. Es kommt hinzu, dass auch die für Zürich wichtige Finanzbranche auf Grund der lange anhaltenden Börsenbaisse in einer Krise steckt. Ich ersuche deshalb den Regie-

rungsrat, umfassend über die Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Zürich auf Grund der Folgen der Swissair-Krise zu informieren. Die Antwort sollte auch Empfehlungen über die künftige Standortpolitik enthalten. Die aktuelle Krise könnte genutzt werden, die Lage des Wirtschaftsstandortes Zürich sowie dessen Perspektive neu zu überdenken, neue Möglichkeiten zu erkennen und wahrzunehmen. Dann besteht eine Chance, dass Zürich gestärkt aus der Krise hervorgehen kann.

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Interpellation Liliane Waldner, Zürich, und Mitunterzeichnende wird wie folgt beantwortet:

Die schweizerische Luftfahrt befindet sich zurzeit in der grössten Krise ihrer Geschichte. Dies hat konkrete Auswirkungen auf den Wirtschaftsraum Zürich. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) rechnet mit einem Abbau von rund 5200 Stellen bei der SAirGroup. Dazu kommt ein Verlust von Tausenden weiterer Stellen bei den Zulieferbetrieben und weiteren von der Luftverkehrsdrehscheibe abhängigen Wirtschaftszweigen, der heute noch nicht genau beziffert werden kann und sich erst mittelfristig voll auswirken wird. Verschärfend kommt dazu, dass die Krise in eine Zeit fällt, in der ein konjunktureller Umschwung bereits begonnen hat. Als Folge davon ist die Zahl der Stellensuchenden in kurzer Zeit von knapp 17000 (Ende September) auf 21400 (Ende November) gestiegen. Die Arbeitslosenquote kletterte im November von 2% auf 2,4%. Der Kanton Zürich weist heute die höchste Arbeitslosenquote aller Deutschschweizer Kantone auf.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft hat die Herbstprognose des realen BIP-Wachstums der Schweiz gegenüber dem Vorjahr auf 1,3% zurückgenommen (Frühjahrsprognose 2,2%). Die ZKB hatte im April dieses Jahres für 2002 noch ein reales Wirtschaftswachstum im Kanton von 2,2% erwartet. Bis im November hat sie diese Prognose auf 1,5% korrigiert. Die Krise der internationalen Luftfahrt und die Auflösung der SAirGroup überlagern die allgemeinen konjunkturellen Effekte. Von grosser Bedeutung wird das Gelingen der Pläne für eine neue schweizerische Airline sein. Wenn das Unternehmen erfolgreich ist, dürfte die zürcherische Volkswirtschaft aus heutiger Sicht nicht nachhaltig beeinträchtigt werden. Andernfalls müsste gesamthaft mit einem direkten, vorwiegend den Grossraum Zürich treffenden jährlichen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 4 Mia. Franken und mehr gerechnet werden.

Das Weltwirtschaftsforum stufte die Schweiz in der Beurteilung des künftigen Wachstumspotenzials von Rang 6 (1997) auf Rang 15 (2001) zurück. Damit Zürich seinen Platz unter den attraktivsten Wirtschaftsräumen Europas halten oder sogar verbessern kann, sind die Anstrengungen bezüglich Standortentwicklung und Standortmarketing unvermindert weiterzuführen und sogar zu verstärken. Das gilt sowohl für die Stadt Zürich als auch für die Region.

Standortentwicklung heisst, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Entwicklung und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigen. Sie ist mit Blick auf die Neuansiedlung und Neugründung von Unternehmungen von grosser Bedeutung. Ebenso wichtig ist sie für die ansässigen Unternehmungen und insbesondere für die rund 70000 kleineren und mittleren Unternehmen (KMU), die zwei Drittel aller Arbeitsplätze im Kanton anbieten.

Viele Zürcher KMU sind innovativ und verzeichnen eine hohe Wertschöpfung. Die Zürcher Firmen und Forschungsstätten können bei der Anzahl der eingetragenen Patente mit den weltweit Besten mithalten. Defizite sind jedoch bei der Umsetzung zu verzeichnen. Im Vergleich zu anderen führenden Hochschulen weisen die Zürcher Institute eine unterdurchschnittliche Zahl von Firmengründungen aus. Der Regierungsrat setzt sich deshalb für die Forschungsförderung und insbesondere für den Technologietransfer ein.

Die Liberalisierung der Märkte und die Öffnung gegenüber Europa im Rahmen der bilateralen Verträge bringen den zürcherischen Unternehmungen zahlreiche Vorteile. Die voraussichtlich im Frühjahr 2002 in Kraft tretenden Abkommen erleichtern insbesondere den Zugang zum europäischen Binnenmarkt erheblich und werten dadurch den Investitionsstand-

ort Schweiz wesentlich auf. Der freie Personenverkehr und die Öffnung der Arbeitsmärkte bringen weitere Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die neuen Regelungen sollen deshalb im Interesse der Zürcher Volkswirtschaft rasch umgesetzt werden.

Wichtig ist nicht nur die Standortentwicklung, sondern auch das Standortmarketing, das dazu beitragen soll, den Bekanntheitsgrad und die Beurteilung des Wirtschaftsraums Zürich international weiter zu verbessern und damit die Neuansiedlung von Unternehmen zu fördern. Es ist angesichts der Kleinräumigkeit der Schweiz unerlässlich, diese Aufgabe im Rahmen der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit in einem weiteren Wirtschaftsraum Zürich anzugehen. Erste Früchte dieser Zusammenarbeit sind das gemeinsame Standortmarketing der Stiftung Greater Zurich Area (GZA) und verkehrsplanerische Projekte. Der Kanton Zürich ist bestrebt, die interkantonale wirtschaftspolitische Zusammenarbeit auch künftig zu stärken. Weiter legt er Wert auf die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem benachbarten Ausland. Ein erster Schritt war die Beteiligung des Kantons an der Internationalen Bodensee-Konferenz. In die Wege geleitet ist ein Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg.

Die zürcherische Volkswirtschaft ist stark von Dienstleistungen im Finanzsektor abhängig. Rund ein Drittel des Zürcher Volkseinkommens wird direkt im Finanzsektor erwirtschaftet, zusammen mit Nebenbetrieben und Zulieferern ist es sogar rund die Hälfte. Eine Diversifizierung ist deshalb erwünscht. Entsprechend richtet die Stiftung Greater Zurich Area ihr Standortmarketing auf Unternehmen in zukunfts trächtigen und wertschöpfungsintensiven Branchen aus (so genanntes Clustermarketing). In den Bereichen Medizinaltechnik, Informatik und Telekommunikation zeigen diese Anstrengungen bereits Ergebnisse. In den letzten fünf Jahren wurden im Kanton Zürich über 50 Unternehmungen aus diesen zukunfts trächtigen Branchen angesiedelt. Gemäss einer jüngsten Erhebung sind im Raum Schaffhausen/Zürich über 2000 Informationstechnologie-Firmen ansässig, rund 46 Prozent des schweizerischen Bestandes. Informatik und Telekommunikation entwickeln sich somit zu einem wichtigen zweiten Standbein der Zürcher Volkswirtschaft. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich in weiteren Bereichen ab. Auf diesem Weg können Abhängigkeiten von traditionellen Wirtschaftszweigen gemildert und neue Arbeitsplätze in erfolgversprechenden Branchen geschaffen werden.

Die Stadt Zürich hat für den Kanton eine zentrale Funktion. Sie ist jedoch nicht die einzige Region mit hoher Wirtschaftskraft und dynamischer Entwicklung. Die BAK Konjunkturforschung Basel AG schätzt für einige Regionen im Kanton die Entwicklungsperspektiven positiver ein als für die Stadt Zürich. Gerade hier zeigt sich die Abhängigkeit vom Geschäftsgang im Finanzsektor. In den vergangenen Jahren konnten in der Stadt Zürich viele Arbeitsplätze geschaffen werden, in den Jahren zuvor war sie vom Arbeitsplatzabbau aber stärker betroffen als der Kanton insgesamt. Die Unterschiede zwischen den Regionen im Kanton sollen so weit wie möglich vermindert werden, dürften aber nie ganz zu beseitigen sein. Der Regierungsrat begrüsst deshalb die regionalen Initiativen, gemeinsam Wirtschaftsförderungs- und Standortentwicklungsthemen zu bearbeiten.

Bei der Erarbeitung des KEF 2003–2006 wird der Regierungsrat die Auswirkungen der «Swissair-Krise» berücksichtigen müssen. Diese lassen sich heute jedoch noch nicht quantifizieren; es zeichnen sich Auswirkungen auf der Einnahmen- wie auch der Ausgabenseite ab.

Zur Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes gehören auch Projekte und Innovationen, die wesentlich zu einer internationalen Profilierung dieses Standortes beitragen. Die Auswahl solch herausragender Projekte muss auf die gegenwärtigen und die künftigen Bedürfnisse und Möglichkeiten ausgerichtet sein und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Entscheidungsträgern erfolgen. Bei der Verkehrsinfrastruktur zum Beispiel hat der Kanton Zürich wesentliche Beiträge geleistet, damit im öffentlichen Verkehr ein System entstanden ist, das weltweit Anerkennung findet. Auch einzelne Kulturinstitute des Wirtschaftsstandortes Zürich haben internationale Ausstrahlung. Dieser internationalen Ausrichtung wird auch künftig das nötige Gewicht beizumessen sein.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
**Husi**